



aktiv für Sie

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer
für Arbeiter und Angestellte

Präsidium des Nationalrates
Dr-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Betrifft G E S E T Z E N T W U R F
Z. 62 -GE/19. P3
Datum: 30. SEP. 1993
Verteilt 30.9.93 Lf

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1041 Wien, Postfach 534

☎ (0222) 50165

H. Jannitsch

Ihr Zeichen

-

Unser Zeichen

WP-ZB-6111

Bearbeiter/in

Mag Ettl

☎ DW 2358

FAX 2230

Datum

24.9.1993

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Zolitarifgesetz 1988 geändert wird

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte übersendet 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu den im Betreff genannten Gesetzentwürfen zur gefälligen Information.

Der Präsident:

iv

Josef Quantschnig

Josef Quantschnig



Der Direktor:

ia

Dr Csebrenyak Erich

Dr Csebrenyak Erich

Beilagen

*aktiv für Sie***A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534****Bundeskammer
für Arbeiter und Angestellte****Bundesministerium
für Finanzen/Abteilung III/7
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
1015 Wien****Prinz-Eugen-Straße 20-22
A-1041 Wien, Postfach 534
☎ (0222) 501 65****Ihr Zeichen****ZT-100/6-III/
7/93****Unser Zeichen****WP/Et/Ho/6111****☎ Durchwahl 2358****FAX 2230****Datum****20.9.1993****Betreff:****Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Zolltarifgesetz 1988 geändert wird**

Die Bundesarbeitskammer stellt zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf folgendes fest:

Grundsätzlich abgelehnt wird die Einführung von Mindestzollsätzen für Speiseöle und -fette und zwar aus folgenden Gründen:

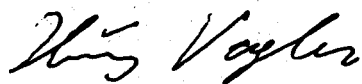
Anläßlich der innerösterreichischen Beschlußfassung über die Einleitung eines Kündigungsverfahrens im GATT für diese Produkte wurde zwischen der Wirtschaftskammer, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Bundesarbeitskammer eine schriftliche Vereinbarung getroffen, daß ein Antrag auf Zollerhöhung nur im Einvernehmen mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Bundesarbeitskammer gestellt werden würde. Ganz davon abgesehen, daß ein derartiges Einvernehmen nicht hergestellt wurde, liegen der Bundesarbeitskammer auch keinerlei Informationen vor, die eine Einführung von spezifischen Zöllen rechtfertigen würden.

Das im "Allgemeinen Teil" der Erläuterungen angeführte GATT-Argument ist nach Auffassung der Bundesarbeitskammer nicht stichhaltig. Nachdem die GATT-Zölle

gekündigt wurden, besteht keinerlei Notwendigkeit, nochmals aufwendige und mit Gegenkonzessionen verbundene Verhandlungen im GATT zu führen. Sollte es sich im Zuge der Uruguay-Runde als unumgänglich erweisen, diese Zölle erneut zu binden, besteht immer noch die Möglichkeit, einen spezifischen Zollsatz im GATT zu binden.

Gegen die übrigen Änderungen des Zolltarifgesetzes erhebt die Bundesarbeitskammer keinen Einwand.

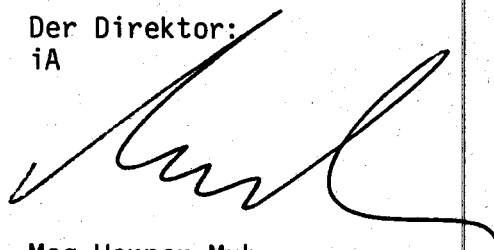
Der Präsident:



Mag Heinz Vogler



Der Direktor:
iA



Mag Werner Muhm